

3.000 lasen den Koran



Wieviele extremistische Moslems gibt es in Deutschland? Vor den jüngsten Terrordrohungen munkelte man von etwa 80, die polizeibekannt seien und beobachtet werden. Dann sprach man von etwa 450 in Berlin. Jetzt heißt es, dort allein leben etwa 3.000. 3.000, die entgegen der [eindringlichen Warnung von Fritz Schramma](#) den Koran gelesen und verstanden haben, was der Prophet darin von ihnen verlangt.

Eine Razzia gegen 14 der 3.000 wird wohl wenig Wirkung gezeigt haben. Das [glaubt auch der Tagesspiegel](#):

Ob die Razzia die Verdächtigen eingeschüchtert hat, bezweifeln Kenner des Milieus. Dagegen spreche ihre „äußerst rigide Moral“. Junge Muslime sähen sich als Opfer von Rassismus und Verlierer der Modernisierungsprozesse im Zuge der Globalisierung und fänden, dass sie „für geordnete Verhältnisse, weniger Armut und klare Regeln“ kämpften. Islamisten glaubten in der sogenannten Umma, der Gemeinschaft der Gläubigen, sei die Welt ein bisschen herzlicher.

Dem Verfassungsschutz zufolge gibt es 3000 radikale Islamisten in Berlin. Als gewaltbereit werden mehr als 400 von ihnen eingestuft – vor einem Jahr waren es noch etwa 300. Dabei gelten die ursprünglich libanesische Hisbollah mit rund 180 Anhängern und die palästinensische Hamas mit 50 Mitgliedern als die größten Gruppen. In Berlin gibt es aber auch Anhänger der traditionellen Muslimbruderschaft, aus der die Hamas entstanden ist. Sie halten das westliche Wertesystem, den Kommunismus und den Zionismus für die drei Grundübel der Welt. Ein Treffpunkt soll eine Neuköllner Moschee sein. Religiöse Autoritäten aus friedlichen Islamschulen hätten an Einfluss verloren, sagen Experten. Hinzu komme, dass mit dem Niedergang sozialistischer

Bewegungen – etwa der Kurden oder Palästinenser – der Einfluss radikaler Religiöser zugenommen habe. „Die integrierten muslimischen Verbände werden von jüngeren Gläubigen nicht mehr anerkannt“, sagt der Berliner Islam-Experte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Johannes Kandel. „Jeder Jugendliche bastelt sich seine Koran-Interpretation per Internet zusammen.“ In anderen Ländern gelinge es strikt konservativen, aber friedlichen Vereinen, die islamischen Gemeinden zu dominieren.

So soll der Hase also laufen: Erzreaktionäre Moslemvereine müssen unterstützt werden, um die jungen Radikalen, die wir ins Land geholt haben, im Zaum zu halten. Soll das tatsächlich die Zukunft Europas sein? Beunruhigend: Weder der Tagesspiegel noch Fritz Schramma noch sonst einer war je in der Lage, eine dieser „friedlichen Interpretationen“ des Koran vorzulegen. Das mag daran liegen, dass der Koran selber jede Interpretation seiner Suren verbietet. Der Koran gilt, Wort für Wort, und ist von den Moslems so umzusetzen. Ermessensspielraum besteht nur insoweit, wie der Zeitpunkt beurteilt wird, wann gelogen und wann zugeschlagen wird. Die „friedlichen Interpretationen“ der Hasstexte sind reine Hirngespinnste – vielleicht auch bewusste Lügen – der Handlanger der Islamisierung.

Ob die am Mittwoch von der Polizeiaktion Betroffenen tatsächlich vorhatten, sich in Terrorcamps ausbilden zu lassen, ist dennoch fraglich. Mehrere der betroffenen Männer sind in den vergangenen Wochen mit Ausreiseverboten belegt worden. „Nach wie vor gibt es kaum konkrete Hinweise, ob und wohin mein Mandant habe reisen wollen“, sagte der Berliner Anwalt Peer Stolle, der einen der verdächtigen Muslime vertritt.

In der vergangenen Woche war die Ausreise von drei der Verdächtigen am Flughafen Tegel verhindert worden. Weiteren elf Personen ist am Mittwoch im Zuge der Durchsuchung die

Ausreise untersagt worden. Etwa 180 Bundesbürger sollen bislang in Terrorcamps ausgebildet worden sein – ein Teil von ihnen bewege sich seitdem wieder im Bundesgebiet. Die Behörden haben nach dem Auftauchen islamistischer Drohvideos den Druck auf die Szene erhöht.

Ob Ausreiseverbote das geeignete Mittel sind, uns dauerhaft vor dem Terror unserer ungebetenen Gäste zu schützen? Wäre nicht sogar eine vereinfachte Ausreise, verbunden mit einem Einreiseverbot ein probateres Mittel? Und vielleicht ein Verbot des Koran – wenn sich so viele nicht an Schrammas Rat halten, das Buch einfach nicht zu lesen?

(Spürnase: Skeptiker)



PI Mobile Probleme – neuer Switch



Im Zeitalter der weltweiten Vernetzung lesen

auch immer mehr PI-Leser unsere News von unterwegs auf ihrem Handy, PDA oder iPhone. Da unsere bisherige Mobile-Oberfläche wegen Softwareanpassungen auf einmal Probleme verursacht hat, musste sie durch eine neue und schickere ausgetauscht werden, die auch über einen manuellen Switcher (siehe PI unten links) verfügt. Sollte auf Ihrem Handy trotz Browser-Erkennung statt der Mobile-Anzeige die normale erscheinen – kein Problem: Schalten Sie oben rechts oder unten links um, oder gehen Sie direkt auf die [Mobile-Startseite](#).

Sollte auf ihrem PC einmal irrtümlich die Mobile-Anzeige erscheinen, können Sie ebenfalls unten links mit einem Klick [wieder umschalten](#). Tipp: Falls Sie über einen langsamen Rechner oder eine Modem-Einwahlverbindung verfügen, können Sie die Mobile-Anzeige auch auf ihrem PC verwenden und damit möglicherweise Ihre Nerven schonen.

Deutsch ins GG und Zwangsehen unter Strafe



Dem deutschen Grundgesetz, Artikel 22 soll hinzugefügt werden: „[Die Sprache in der Bundesrepublik ist Deutsch.](#)“ Eine Selbstverständlichkeit an sich, in anderen Ländern jedenfalls,

wo die jeweilige Muttersprache als Landessprache festgeschrieben ist. Nicht so bei uns, und Widerworte kommen nicht nur von der Türkischen Gemeinde, die wohl ihre Mitglieder für zu blöde hält, deutsch zu lernen.

Auch die prinzipienlose Kanzlerin, deren einziger Grundsatz der eigene Machterhalt ist, hadert mit dem Beschluss ihrer eigenen Partei.

„Ich persönlich finde es nicht gut, alles ins Grundgesetz zu schreiben. Wir haben jetzt Anträge auf Kultur, auf Sport, auf die Frage der Familien, auf die deutsche Sprache jetzt, und wir müssen aufpassen, dass das jetzt nicht inflationiert.“ Kritik kam von der Türkischen Gemeinde, Teilen der SPD, der FDP, Grünen und von CSU-Generalsekretär Guttenberg.

(...)

Saarlands Ministerpräsident Peter Müller – aus dessen Verband der Antrag stammte – sagte, die Partei müsse sich klar dazu bekennen, „was den Staat ausmacht“. Neben der Flagge gehöre dazu auch die deutsche Sprache. Müller sagte anschließend der Deutschen Presse- Agentur dpa, das Bekenntnis sei wichtig für die Identität. „Deutsch ist Deutsch sprechen und deutsche Identität.“

Die Türkische Gemeinde, die außer unserem Geld nichts von uns haben will, meckert natürlich auch herum.

„Erneut bedienen einige Politiker in der CDU vorhandene Ängste und Klischees gegenüber Migrantinnen und Migranten“, erklärte der Vorsitzende Kenan Kolat. „Wir verstehen dieses Vorhaben als Assimilierungsdruck und mit demokratischen Gepflogenheiten nicht vereinbar.“

Deutliche Kritik kam von SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann: „Das ist überflüssig. Die Amtssprache ist Deutsch. Ansonsten werden bei uns viele Sprachen gesprochen“, sagte Oppermann der Zeitung „Die Welt“ vom Mittwoch. CSU-Generalsekretär Karl Theodor zu Guttenberg vertrat die

Auffassung, die Gesellschaft müsse auch ohne entsprechende Passagen in der Verfassung die Kraft aufbringen, ihre Sprache zu schützen.

Grünen-Chef Cem Özdemir kritisierte den Beschluss. „Bei den wirklich wichtigen Fragen wie der Finanz- und Wirtschaftskrise eiern sie nur verdruckst herum“, sagte er der „Frankfurter Rundschau“ (Mittwoch). „Mit fragwürdiger Bekenntniskhetorik versucht die CDU nun, diese Leerstellen zu übertünchen.“ Der FDP-Kulturpolitiker Christoph Waitz sprach von einem populistischen Ablenkungsmanöver.

Da wird ja das Vorhaben von Schwarz-gelb, [Zwangsehen künftig unter Strafe](#) zu stellen, sicher auch bald Kritiker auf den Plan rufen.

Union und FDP wollen nach Informationen von WELT ONLINE ein Gesetz einführen, das den Zwang zur Heirat unter Strafe stellt. Wer jemanden mit Gewalt oder Drohungen dazu nötigt, eine Ehe einzugehen, müsste dann mit einer Haftstrafe zwischen sechs Monaten und zehn Jahren rechnen.

Mal sehen, wann sich Kolat über diese Pläne der Einschränkung türkischen Kulturgutes aufregt – und seine westlichen Komplizen mit ihm.

(Spürnasen: Werner Z. und Oana)

Gabriels Ökopolitik ein

Milliardengrab



Der abgewählte Ministerpräsident Sigmar Gabriel, der nach neuerlichem Scheitern als Umweltminister damit beauftragt wurde, die SPD SED-kompatibel umzubauen, ist bekannt dafür, mangelnde Fachkenntnis durch Großmäuligkeit zu überspielen. Wie wenig der aufgedunsene Clown von seinem Fach tatsächlich versteht, wird der Leistungsträger demnächst seiner Lohnabrechnung entnehmen können.

(Von Glaubensspinner)

Sobald Sigmar Gabriel gegen grundlastfähige Stromerzeugung ätzt, fangen nicht nur Gutmenschen und bildungsferne Leistungsbezieher an zu klatschen. Anders als die ungelernete Studienabbrecherin Claudia Roth, deren ganzer Habitus dem einer naiven Zofe entspricht, weiß Gabriel, wie man Dinge glaubhaft suggeriert. Im Regelfall reichen ihm dazu erhobener Zeigefinger und ein unermüdliches Mundwerk. Mit einem nicht enden wollenden Fundus an Halbwahrheiten und Schauermärchen sowie der Fähigkeit, Logik so lange ihrer Selbst zu berauben, bis man als politischer Gegner Mühe hat, den verqueren Stuss mit einem Satz zu entkäften, mutiert sein Schandmaul Mundwerk zu einer tödlichen Vorrichtung. Weil auch der geschickteste Wirrkopf nicht ewig mathematische Gesetzmäßigkeiten hinweg schwadronieren kann, hinterlässt uns der leidenschaftliche Esser jetzt ein Milliardenloch, das zu füllen angesichts zusammenbrechender Strukturen nicht leicht sein dürfte.

[Spiegel-Online](#) berichtet:

Konkret kommen auf die Bürger Kosten von mindestens 27 Milliarden Euro zu umgerechnet rund 1000 Euro für eine dreiköpfige Familie. Dies geht aus einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und aus einer Berechnungstabelle des Solarmagazins »Photon« hervor, die SPIEGEL ONLINE vorliegen.

Der Grund ist die hohe Ökoförderung, die im Erneuerbare-Energien-Gesetz festgeschrieben ist: Betreiber von Solaranlagen bekommen 43 Cent pro Kilowattstunde – fünfmal mehr, als konventioneller Strom an der Energiebörse kostet. Die Mehrausgaben müssen die Verbraucher tragen, und das 20 Jahre lang. Denn so lange ist die Solarvergütung garantiert.

Mit anderen Worten: Eine Solaranlage, die heute installiert wird, verursacht auch in 20 Jahren noch Kosten. Experten sprechen von »Solarschulden«.

Und die sind gigantisch. Allein für die Anlagen, die von 2000 bis 2008 ans Netz gingen, sind laut »Photon«-Tabelle 33,7 Milliarden Euro fällig. Das RWI beziffert die Summe sogar auf 35 Milliarden Euro.

Wer jetzt glaubt, nach diesem Schock die Kinnlade wieder einklappen zu können, irrt. Eingerechnet sind bis hierher lediglich die bereits bestehenden Anlagen. Weiter heißt es:

Und dabei geht es nur um die bereits installierten Solarmodule. Jedes Jahr gehen jedoch weitere Anlagen ans Netz, allein für 2009 rechnen Experten erneut mit 2000 Megawatt. »Der Solar-Schuldenberg wächst jedes Jahr um neun bis zehn Milliarden Euro«, sagt Manuel Frondel vom RWI.

Verbraucherschützer sind darüber entsetzt. »Die neue Regierung muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz dringend ändern«, sagt Holger Krawinkel vom Bundesverband der Verbraucherzentralen. Er fordert, die Solarsubventionen radikal »um 30 Prozent« zu senken.

Ökdogmatiker dürften an dieser Stelle mit der Mär von Vollbeschäftigung und der »Endlösung« sämtlicher Energieprobleme kontern. Fundiert wäre das allerdings nicht:

Trotz der gigantischen Subventionen trägt die Sonne kaum zur deutschen Energieversorgung bei. Gegenwärtig liegt der Solar-Anteil an der gesamten Stromproduktion bei gerade einmal 0,95 Prozent. Zum Vergleich: Die Windkraft deckt mehr als sechs Prozent des deutschen Strombedarfs.

Auch die Effekte auf den Arbeitsmarkt sind minimal. Mittlerweile kommt ein Großteil der Solarzellen, die in Deutschland ans Netz gehen, aus China. Heimische Hersteller wie Q-Cells bauen dagegen Stellen ab – und verlagern die Produktion nach Asien.

Doch selbst Solarzellen, die aus Deutschland stammen, schaffen dauerhaft keine Jobs. Sobald eine Anlage installiert ist, fällt keine Arbeit mehr an. Der Beschäftigungseffekt der Solarsubventionen ist damit gering: »Ein Jahr Arbeit verursacht 20 Jahre Kosten«, sagt RWI-Experte Frondel. Legt man die Jobzahlen des Umweltministeriums zugrunde, so wird jeder Solararbeitsplatz mit mehr als 150.000 Euro pro Jahr subventioniert.

Unwillkürlich erinnert man sich an die Wahlplakate der Grünen. An die Solarzellen montierende Arbeiterin auf islamischem Grün unter der Behauptung, man werde Arbeitsplätze schaffen. Den Chinesen hat es offenbar geholfen.

Wuppertal: Kulturbereicherte Arbeitslosen-Messe



Jedes Jahr findet im nordrhein-westfälischen Wuppertal eine Messe für Arbeitslose statt. Sie nennt sich Int:a [„Messe für berufliche Integration und Arbeit in Wuppertal“](#). Jeder Langzeitarbeitslose bekam schon Wochen zuvor die Einladung zu dieser Messe.

(Gastbeitrag von „Unbeschnitten“)

Die Messe ist kostenlos und der Besuch freiwillig. Da es sich bei der „Historischen Stadthalle“ um einen Prachtbau handelt, und ich gerade in der Nähe war, besuchte ich die Messe. Vor der Stadthalle waren Raucher zu sehen, die sich über Firmengrenzen hinweg gut unterhielten. Auf dem Vorplatz waren sehr viele deutsche Jugendliche, die auf Parkplatzabsperungen, kleine Mauerchen oder auf der Treppe saßen. Vermutlich baldige Schulabgänger auf Klassenfahrt.

Als erstes verschaffte ich mir einen Überblick und musste sehr schnell feststellen, dass man mit Arbeitslosen sehr gutes Geld verdienen muss. An ein paar Ständen gab es kostenlose Süßwaren, Kaffee und sogar kostenlose Speisen. Hauptanbieter waren bereits vom Arbeitsamt/ArGE in Anspruch genommene Unternehmen und soziale Einrichtungen (Ein-Euro-Job-Anbieter).

Im [Flugblatt](#) war schon zu erkennen, dass sich fast alle Unternehmen in irgendeiner Form „Integration“ auf die Fahnen

geschrieben haben. Auch "Sprachkurse" waren der Renner und wurden reichlich angeboten. Eine Firma (vermutlich Proviel GmbH) hat Holzspielzeug hergestellt. Dabei entstanden kleine Billardtische, Kicker, ein indisches Spiel usw. Es war – nach meiner unprofessionellen Ansicht – eine sehr gute Qualität. Der Billardtisch war fest in orientalistisch jugendlicher Hand.

Als ich so durch die Hallen schlenderte, auf der Suche nach einer bestimmten Firma, fiel mir ein Stand besonders auf. Dort machte eine Sprachschule (Nielsen Schulungcenter GmbH) Werbung auf einem Großbildschirm. Dabei ging es um Alphabetisierung, Deutsch als Fremdsprache und Integration. Für niemanden überhörbar lief türkische Musik. Ich schaute mir den Stand ein, zwei Minuten an und dann sprach ich die Leute am Stand an: „Was hat diese arabische Musik mit Integration in Deutschland zu tun? Inwiefern hilft die arabische Musik zum Erlernen der deutschen Sprache?“ Daraufhin kam man mit Floskeln wie „Musik verbindet Menschen“ oder „Wir haben auch englische und russische Musik“.

Es dauerte nur wenige Sekunden, und ich hatte ein paar Türken um mich. Auch eine „Deutsche“ hört nach ihren Angaben gerne diese orientalistischen Klänge (besser als Wildecker Herzbuben). Ein bärtiger Türke will die Forderung nach „Musikantenstadl“ von mir gehört haben, weil er mir vorwerfen wollte alles deutsch machen zu wollen. Die Türken waren bemüht den Stand mit seiner Musikauswahl zu verteidigen. Ich gehöre mit meinen 1,72 m nicht zu den Größten, und deshalb konnten ein paar Türken auf mich herabsehen. Den Mund ließ ich mir dennoch nicht verbieten.

Als die Stimmung zu schwanken begann, weil ich „Multikulti als Bereicherung“ nicht anerkannte, beschwichtigte ich ein wenig die Lage. Alle vier Vertreter des Nielsen-Schulungcenters waren bereits aufgestanden. Vorher hatten sie nichts zu tun und lungerten hinter den Tischen auf ihren Stühlen rum. Ich teilte allen Anwesenden in einem sehr ruhigen Ton mit, dass ich die Musik, ob russisch, englisch, türkisch oder deutsch

für diesen Stand nicht für richtig halte. Unter diesem Lärm konnten aus meiner Sicht keine Gespräche stattfinden, was sich anhand fehlender „Kundschaft“ auch bewahrheitete. Immerhin lief nach der türkischen Musik sofort russische Musik. Ob Zufall oder aufgrund meines Besuchs kann ich nicht sagen.

Die Situation empfand ich als sehr bedrohlich für mich. Es wurde zwar keiner beleidigend, aber latent aggressiv. So entzog ich mich der von mir begonnenen Diskussion. Lächelnd verließ ich den Stand. Als ich mich nach hinten umsah, sah ich in die Augen zweier hasserfüllter Islamisten. Ja, es waren diese Vollbartträger mit Blicken, die bereit waren zu töten. Und das schreibe ich ohne Übertreibung.

Nun gut, anhand der hohen Kopftuchdichte in und vor der Stadthalle hätte ich wissen müssen, dass der Radikalislam eingezogen ist, aber ich war halt ein wenig übermütig. Als ich die Halle verließ und mich auf den Weg machte, schaute ich immer wieder nach hinten. Zum Glück verfolgte mich keiner.

Die Bildungsinstitute sind bereits in arabischer Hand unter deutscher „Leitung“. Sie haben sich ihren Kunden angepasst und spielen deren Musik. Ich möchte nicht wissen, wie genau es diese Sprachschulen mit Anwesenheitslisten sehen. Bezahlen tun das die Steuerzahler, weil die Bringschuld der Araber nicht eingefordert wurde. Stattdessen werden im Zuge von „Integrationsbemühungen“ Steuergelder ausgegeben.

Auch im nächsten Jahr wird wieder eine „Messe für berufliche Integration und Arbeit in Wuppertal“ stattfinden. Doch dann werde ich ein paar Fotos machen und sie zur Verfügung stellen.

Prügeln und Angst machen ist „lustig“



Frankreich hat ein massives Problem mit gewalttätigen Migrant-Jugendlichen. Was sie antreibt? Ganz einfach: Leute verprügeln und ihnen Angst machen, das [macht den jugendlichen „Schätzen“ nach eigenen Aussagen Spaß](#). Ein 15-Jähriger meint: „Wir ziehen los, um Telefone und Kohle abzugreifen und um uns zu amüsieren.“ „Auf Demonstranten oder Festbesucher losstürzen, sie zehn gegen einen zusammenschlagen, die Gesichter rundherum in Entsetzen versetzen, das ist lustig“, fasst Moslem Moussa zusammen.

Er war nicht an den [Krawallen auf der Pariser Technoparade](#) beteiligt, weil er als frommer Moslem den Ramadan eingehalten hat, gibt aber offen und stolz zu, dass Bandenkriminalität ganz sein Ding ist. Manchmal steigen er und seine Kumples in kleinen Gruppen unter Alkohol- und Drogeneinfluss in die Regionalbahn, um die Polizei auf sich aufmerksam zu machen. Sie genießen die Anspannung der Fahrgäste, die eintritt, sobald sie in den Zug einsteigen. „Ich liebe es, sie ihre Blicke senken zu lassen,“ erklärt Moussa. Wer schief guckt oder den Blick nicht senkt, wird verprügelt, so will es das Bandengesetz.

Die Opfer sind in Moussas Augen bloß „Weicheier, die sich nicht zu verteidigen wissen“. Dies obwohl die Bandenmitglieder auch nicht einzeln angreifen, sondern nur im Rudel – man zieht

niemals alleine los. Ein anderes „Hobby“ als prügelnd umherzuziehen, Leute auszurauben, Arglose einzuschüchtern und mit der Polizei Katz und Maus zu spielen, keinen diese „bereichernden Schätze“ gar nicht. Wirklich Angst macht ihnen die Staatsgewalt kaum, im Gegenteil, Bullen-Ärgern ist Fun.

Ein Gutmensch rastet aus



Ein Videokommentar von *Welt am Sonntag*-Korrespondent Alan Posener wird einmal als Zeitdokument dafür erhalten können, welche geistige Verwirrung unter Gutmenschen des Jahres 2009 herrschte. Posener zitiert aus dem Interview von Thilo Sarrazin und schlägt bei jeder Äußerung, die ihm nicht in sein linksgrünes Blümchen-Weltbild passt, mit der Hand auf einen Alarmknopf, versehen mit der Aufschrift „Bullshit“.

(Von byzanz)

Dabei ertönt eine Alarmsirene, man könnte sie auch als „Nazi-Alarm“ bezeichnen. Es ist faszinierend zuzusehen, wie sich der empörte linke Blockwart bei seinem Videokommentar in einen Herzinfarkt-ähnlichen Zustand hineinsteigert. Beim Zitieren verwendet er bald die Hitler-Sprache, er schnauft und zappelt immer stärker, die Halsschlagader schwillt an, der Kopf wird immer roter, er ringt nach Worten, so dass man im Verlauf der

sechseinhalb Minuten schon fast ~~hoffen~~ vermuten könnte, dass er gleich röchelnd vom Stuhl fällt.

Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man sich herzlich darüber amüsieren und als gelungene Satire betrachten. Aber diese Leute meinen es wirklich ernst. Sehen wir uns an, mit wem wir es hier zu tun haben. Ein Blick auf [Wikipedia](#) ist aufschlussreich: Alan Posener war mal im Kader des Kommunistischen Studentenverbandes sowie in der maoistischen KPD aktiv. Hochinteressant, welche Leute bei der WELT beschäftigt sind. Diese Typen sind mittlerweile dermaßen intensiv in die Redaktionsstuben, Gerichtssäle und Politikzentralen dieses Landes eingesickert, dass einem für die Zukunft angst und bange werden muss.

Die linksgrüne Empörungsmaschinerie ist kaum treffender zu dokumentieren als mit Posener. Dieses personifizierte schlechte deutsche Gewissen sieht offensichtlich in allem und jedem, das auch nur andeutungsweise Fehlverhalten von ausländischen Mitbürgern benennt, das sprichwörtliche Vierte Reich am Horizont auftauchen. Posener erträgt es scheinbar nicht, dass die Wirklichkeit nicht mit seinem rosarot-sozialistisch angehauchten Weltbild übereinstimmt. Diese Spezies „Qualitätsjournalist“ ist nicht mit Argumenten zu überzeugen. Auf ihn trifft wie auf so viele dieser Gesinnung zu: „Ich habe meine vorgefasste Meinung, komm mir nicht mit Fakten“.

Aber sehen Sie selbst:



Rechts, zwei, drei, vier ...

☒ 13 Prozent der an Bundeswehr-Hochschulen studierenden Soldaten pflegen das, was linke Journalisten „rechtes Gedankengut“ nennen. Was genau sie denken, geht die Leser der Süddeutschen nichts an, die aufgerufen sind, jetzt sehr besorgt zu sein, denn was nicht in der Süddeutschen steht, muss wohl „verfassungsfeindlich“ sein.

Die [Süddeutsche hat in einem Magazinbericht gelesen](#):

Sie sehen Deutschlands Identität bedroht und fordern eine starke Führungselite: 13 Prozent der Bundeswehr-Studenten befürworten einer Studie zufolge verfassungsfeindliche Ideen.

Knapp jeder achte Bundeswehr-Student hegt einem Magazinbericht zufolge rechtes Gedankengut. Bei einer Befragung an den Universitäten der Bundeswehr in München und Hamburg äußerten 13 Prozent der Studenten Zustimmung zu Politikzielen der „Neuen Rechten“, wie der Spiegel berichtet.

Der bislang unveröffentlichten Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr zufolge neigen diese Studenten rechtem und verfassungsfeindlichem Gedankengut zu. So sähen sie etwa die „nationale Identität Deutschlands durch die vielen Ausländer bedroht“ und pflichten der Aussage bei, „eine starke Führungselite sollte den Weg Deutschlands“ bestimmen.

Anlass zur Nachdenklichkeit biete den Autoren der Studie auch die Tatsache, dass etwa die Hälfte der Studierenden „deutliche Zweifel an der Ausgestaltung unseres parlamentarischen Systems“ erkennen lasse.

Früher sprach man in diesem Zusammenhang von mündigen, kritischen Bürgern. Das war einmal das Erziehungsziel von Bildungssystem und Medien, als die Demokratie noch jung und

frisch war. Gegen welche Artikel unseres Grundgesetzes, in dem auffallend oft vom „Deutschen Volk“ die Rede ist, die von der Zeitung zitierten Meinungen verstoßen, wird bedauerlicherweise nicht mitgeteilt. Vielleicht verwechselt man bei der Süddeutschen aber inzwischen schon das Grundgesetz mit dem Parteiprogramm der SED.

(Spürnase: Bloodmoney)



Willibert Pauels gegen Political Correctness

☒ „Du kannst bei uns mittlerweile eher ein Kind abtreiben, einen Menschen töten, als politisch inkorrekt sein.“ Auch der Kölner Karnevalist und katholische Theologe Willibert Pauels („Ne bergische Jung“) hält das Affentheater der gutmenschlichen Meinungsdictatur nicht mehr aus. In seinem wöchentlichen „Wort zum Samstag“ beim Kölner Domradio geht es diesmal – wie könnte es anders sein – um die geheuchelte Empörung über Sarrazin.

Willibert Pauels im [Kölner Domradio](http://www.domradio.de/media/video/3692.flv):

[flash <http://www.domradio.de/media/video/3692.flv>]

(Spürnase: Kölschdoc)

Deutschland hat mehr Moslems als die Emirate



Den Laschets und Edathys sei Dank: In Deutschland leben über vier Millionen Moslems – [mehr als in den Arabischen Emiraten](#). Schon jetzt hat jeder dritte Araber, fast jeder vierte Türke und jeder Fünfte aus dem ehemaligen Jugoslawien keinen Job und [lebt von staatlichen Transfers](#). Bei den Jugendlichen sieht es noch schlechter aus.

Rund 4,5 Millionen Zuwanderer sind am Arbeitsmarkt nicht unterzubringen.

Kaum integriert, kosten sie Deutschland Jahr für Jahr wahrscheinlich 12 bis 16 Milliarden Euro, wenn man die dem Staat dadurch entgehenden Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge in die Rechnung einbezieht. Ganz so genau aber weiß das niemand.

(Spürnasen: SuspirodelMoro und pinchador)



Broder fordert Rücktritt von Stephan Kramer



Nach den [unsäglichen Äußerungen](#) des ZdJ-Generalsekretärs Stephan Kramer („Ich habe den Eindruck, dass Sarrazin mit seinem Gedankengut Göring, Goebbels und Hitler große Ehre erweist“) hat der Berliner Publizist Henryk M. Broder den Rücktritt von Kramer gefordert.

Broder schreibt auf der [Achse des Guten](#):

Sich mit dem Bundespräsidenten anzulegen, der innerhalb von zwei Monaten gleich zwei praktizierenden Antisemiten (Langer und Mankell) die Ehre einer Auszeichnung erwiesen hatte, das hat Kramer nicht gewagt, da kam eine natürliche Autoritätsbremse zum Einsatz; sich auf Kosten von Sarrazin zu profilieren, der angezählt in einer Ecke steht, das geht allemal. Aber diesmal ist Kramer, der angesichts der schwindenden Bedeutung des Zentralrates eine taktische Allianz mit der „Türkischen Gemeinde“ sucht, zu weit gegangen. Er ist es, der sich wegen einer unsäglichen Verharmlosung des Dritten Reiches entschuldigen und von seinem Amt als Generalsekretär des Zentralrates zurücktreten

sollte.

Erst gestern hatte Leo Sucharewicz, der Vorstandsvorsitzende von [ILI – I Like Israel e.V.](#), die Äußerungen von Kramer als „unsäglich, abwegig, politisch peinlich und in kosmischer Entfernung deplaziert“ bezeichnet und Sarrazin seine Unterstützung „mit größter Selbstverständlichkeit“ zugesichert.

Kasachstan verbietet Koran als Extremismus



Kasachstan ist das erste Land auf der Welt, das offiziell Koranverse [als „extremistische Literatur“ verbietet](#). Wie das kasachische Justiz-Ministerium bekannt gibt, wurden Audioaufnahmen zahlreicher einschlägiger Gewaltsuren verboten. Auf dem kasachischen „Extremismus-Index“ befinden sich insgesamt 207 Titel, darunter auch Flugblätter und Hörbücher. Kasachstan will damit die wahabitisch-islamische Hasspropaganda unterbinden und ist in dem Punkt weiter als wir...

(Spürnase: M.W.)